

Auf einen Blick

Das Stadtparlament hat sich am Dienstag zur achten Sitzung der Amtszeit 2021 bis 2024 getroffen. Abgehandelt wurden zwei Wahl- und drei Sachgeschäfte.

Wahlen. Lydia Wenger (SP) wurde in die Werkkommission gewählt. Marlène Schürch (SP) nimmt Einsitz in den Verwaltungsrat der Regionalen Wasserversorgung St. Gallen AG. Die Ersatzwahlen wurden durch den Rücktritt von Cristina Bitschnau-Kappeler (SP) nötig.

Feuerwehrdepot. Nachdem es ausführlich Kritik an der unsorgfältigen Ausarbeitung der Ende 2019 gutgeheissenen Abstimmungsvorlage zur Sanierung des Depots der Berufsfeuerwehr geübt hatte, schluckte das Parlament die Kröte und hiess den Zusatzkredit von rund 3,2 Millionen für die Sanierung gut. Fakultatives Referendum.

Sportanlage. Die Leichtathletikanlage des Sportplatzes Neudorf kann für gut 5,8 Millionen Franken saniert und erweitert werden. Das Parlament hiess den Kredit mit 57 Ja einstimmig gut. Fakultatives Referendum.

Ladenöffnungszeiten. Den grossen Streit um die Ladenöffnungszeiten hat das Parlament bis auf spätestens 2. November verschoben. Es hat die stadtträgliche Vorlage zur Initiative gegen längere Ladenöffnungszeiten zur Klärung rechtlicher Fragen zurückgewiesen.

Fest. Nach der Sitzung holte das Parlament die im Januar wegen der Pandemie verschobene Feier für Alexandra Akeret, seine Präsidentin im laufenden Jahr, nach. (ghi/miz/dlh/vre)

Duell um Öffnungszeiten vertagt

Der Streit um die Ladenöffnungszeiten fand gestern nicht statt. Vorher müssen rechtliche Fragen geklärt werden.

Julia Nehmiz

Der Showdown wurde vertagt. Die Diskussion, ob in der Altstadt und Teilen der westlichen Innenstadt verlängerte Ladenöffnungszeiten gelten und ob die Geschäfte damit auch sonntags geöffnet haben dürfen, wurde vom Stadtparlament am Dienstag vertagt. Es wies die Vorlage zur Initiative gegen längere Ladenöffnungszeiten mit 42 Ja und 14 Nein an die Geschäftsprüfungskommission (GPK) zurück. Sie hat nun den Auftrag, Möglichkeit und Rechtmässigkeit eines Gegenvorschlags mit konkreten Ladenöffnungszeiten, die von den kantonalen Vorgaben abweichen, zu prüfen. Spätestens an der Parlamentsitzung vom 2. November will das Parlament seine Diskussion über das heisse Eisen fortsetzen.

Prüfung der GPK sinnvoller als Diskussion im Plenum

Diese Entwicklung hatte sich abgezeichnet. Zu gross waren die Widerstände in einigen Fraktionen gegen die stadtträgliche Ablehnung der Initiative. Und zu heftig waren schon vorher verlängerte Ladenöffnungszeiten und Sonntagsverkäufe diskutiert worden, die der Stadtrat seit Juni 2020 für Geschäfte in der Altstadt und Teilen der Innenstadt (dem sogenannten Tourismusperimeter) erlaubt.

Über die Ladenöffnungszeiten geredet wurde an der gestrigen Sitzung vergleichsweise kurz. Nach 29 Minuten war Traktandum 7 bereits abgearbeitet. Doch die Fraktionen machten ihre unterschiedlichen



Ob Läden in der Innenstadt auch sonntags öffnen dürfen, wird spätestens im November im Stadtparlament diskutiert. Bild: Benjamin Manser

Standpunkte mehr als deutlich. Schon der Bericht von GPK-Präsident Andreas Dudli (FDP) zeigte, wie umstritten das Geschäft war: So hatte die GPK mit fünf zu fünf Stimmen mit Stimmrecht des Präsidenten dem Antrag des Stadtrats zugestimmt. Patrick Angehrn eröffnete namens der CVP/EVP-Fraktion die Debatte. «Der Stadtrat hat mit der deutlichen Erweiterung der Öffnungszeiten am Samstagabend sowie mit der Öffnung des Sonntags eine Linie

überschritten, welche wir nicht gutheissen werden.» Man sei für eine massvolle Erweiterung offen. Der Sonntag aber müsse als Ruhetag bestehen bleiben. Zuerst müsse geklärt werden, wer und wann die Öffnungszeiten festlegen solle. Deswegen beantragte die CVP/EVP-Fraktion die Rückweisung der Vorlage an die GPK.

Auch für Clemens Müller für die Fraktion Grüne/Junge Grüne hat der Stadtrat eine Linie überschritten, weil er sich über

die vom Stimmvolk mehrfach bekräftigte Ablehnung des Sonntagsverkaufs hinweggesetzt habe. Evelyne Angehrn betonte für die SP/Juso/PFG-Fraktion, dass die Notwendigkeit für längere Öffnungszeiten nicht gegeben sei. Auch die Fraktion von FDP/Jungfreisinnigen unterstützte den Rückweisungsantrag: Man stehe grundsätzlich für die Liberalisierung der Öffnungszeiten ein, doch eine Prüfung in der GPK erscheine sinnvoller als die Diskussion rechtlicher

Grundlagen im Plenum, so Elisabeth Zwicky Mosimann.

René Neuweiler (SVP) weterierte gegen die Initianten. Sie hätten auf den Gegenvorschlag des Stadtrats gehofft, dem alle hätten zustimmen können. Das, um eine Abstimmung zu verhindern. Es brauche keine Rückweisung, sondern die Volksabstimmung über die Initiative. Christoph Wettach erklärte, ausnahmsweise decke sich die Meinung der GLP/JGLP-Fraktion mit jener der SVP.

Von Tanten, Onkeln und Nerds

Alexandra Akeret konnte endlich als Parlamentspräsidentin gefeiert werden. Sie wurde zur «Mama der Regenbogenfamilie» gekürt.

Mit einem Rückstand von sieben Monaten und zwölf Tagen auf den traditionellen Fahrplan durfte das Stadtparlament am Dienstagabend endlich die Wahl von Alexandra Akeret zur Parlamentspräsidentin feiern. Die rund 100 geladenen Gäste trafen sich vor der Grabenhalle – alle mit einem Covid-Zertifikat, womit die Maskenpflicht entfiel. Die Stimmung während des Apéros war ausgelassen, man prostete sich zu nach der Debatte in der Olma-Halle, genoss das Zusammensein.

Neben Reden von Stadtpräsidentin Maria Pappa sowie Matthias Fässler und Lea Fischer von der Grabenhalle-Betriebsgruppe war die Darbietung von Erit Hasler, bis vor Kurzem SP-Stadtparlamentarier, der Höhepunkte des Anlasses. In gewohnter Manier zog er verschiedene Parlamentsmitglieder humoristisch durch den Kakao. So verglich er das Parlament mit einer Familie: Man hat keine Wahl, mit wem man zusammen ist, aber man hat einander doch irgendwie lieb. Da wäre denn

etwa die schrullige Tante Karin (Winter-Dubs) mit dem grossen Herzen, die am Waldrand wohnt und im Mittelalter entweder heilig gesprochen oder als Hexe verbrannt worden wäre. Dann gebe es noch Onkel Donat (Kurati), den übereifrigen Influencer, der Videos produziere, die niemand anschau. Oder auch Onkel Clemens (Müller); das sei der Lehrer, der alles besser wisse und es auch auf Latein erklären könne. Sowie Cousin Philipp (Schönbächler), der ausdauernd über nerdtige Themen wie Informatik oder Fotovoltaik sprechen kann. Das Parlament sei eine Regenbogenfamilie mit Mama Alexandra (Akeret), die Ordnung ins Chaos bringen müsse. Hasler ermunterte seine Mitglieder zusammenzuhalten – wie eine Familie. Nicht gegen den Rest der Welt, aber sicher für die Stadt St. Gallen. (dlh)



Mit Stadtpräsidentin Maria Pappa (links) und Parlamentspräsidentin Alexandra Akeret führen derzeit zwei Frauen die Stadt. Bild: Ralph Ribi

Die bittere Pille geschluckt

Keine Freude hatte das Stadtparlament am Zusatzkredit fürs Feuerwehrdepot. Er wurde erst nach heftiger Kritik gutgeheissen.

Im Juni 2019 hat das Stadtparlament knapp 20 Millionen Franken zur Sanierung des Depots der Berufsfeuerwehr an der Notkerstrasse 44 gesprochen. Ein Rückweisungsantrag der SVP zur Behebung von Mängeln in der Vorlage wurde mit neun Ja gegen 49 Nein versenkt. Das Volk hiess den Kredit Ende 2019 mit grossem Mehr gut.

Kein Ruhmesblatt für alle Beteiligten

Anderthalb Jahre später zeigt sich, dass die SVP-Kritiker richtig lagen: Zur Behebung von Mängeln in der Ursprungsvorlage sind rund 3,2 Millionen Franken nötig. Was kein gutes Licht auf die Besteller bei der Feuerwehr und die Planer in der Bauverwaltung werfe, wie sich das Parlament am Dienstag bei der Beratung des Zusatzkredits einig war. Allerdings merkte Christian Huber für Grüne und Junge Grüne selbstkritisch an, dass das Geschäft auch kein Ruhmesblatt fürs Parlament sei.

Das Bedürfnis nach dem Zusatzkredit an sich war unbestritten.

Man müsse dieses Geld in die Hand nehmen. Die zusätzlichen Massnahmen seien richtig und unumgänglich, wenn man eine für die nächsten Jahrzehnte taugliche Infrastruktur für die Feuerwehr wolle, fasste es Jacqueline Gasser-Beck (GLP), die Präsidentin der vorbereitenden Liegenschafts- und Baukommission, zusammen. Anlass zu Kritik quer durch alle Fraktionen gaben aber die Gründe, wieso es den Zusatzkredit braucht.

Das Ganze sei eine «unschöne und peinliche Sache», las Beat Rütsche anstelle des abwesenden Stephan Grob die Erklärung der CVP/EVP-Fraktion vor. Die Fachleute hätten wichtige Elemente fürs neue Depot – wie den Brandschutz – einfach vergessen. Tief blickten lasse zudem, wie diese Fehlleistungen aufgedeckt worden seien – nämlich durch einen anonymen Brief. Das lasse tief blicken und werfe Fragen zur Gesprächskultur in der Feuerwehr auf. Man könne nur den Kopf schütteln ob dieser Vorgänge, schlossen sich Stefan Keller für FDP/Jungfrei-

sinnige, Marcel Baur für die GLP/JGLP und Jenny Heeb für die SP/Juso/PFG-Fraktion an.

SVP verlangt lückenlose Aufklärung des Debakels

SVP-Sprecher Donat Kurati kritisierte den Umgang von Stadtrat und Verwaltung mit der seitherzeitigen Kritik an der Sanierungsvorlage. Was die SVP zu hören bekommen habe, sei eine Frechheit gewesen. Die Vorgänge, die zum Debakel geführt hätten, müssten aufgearbeitet werden und Konsequenzen für die Verantwortlichen haben.

Stadtrat Markus Buschor wollte «nichts beschönigen». Man müsse anerkennen, dass die SVP auf die Mängel der Vorlage hingewiesen habe. Die Reaktionen auf diese Kritik täten ihm leid. Auf die Fehler sei man aber nicht nur wegen des anonymen Briefs, sondern selber am Anfang der Detailplanung gestossen. Der Zusatzkredit wurde schliesslich mit 46 Ja zu einem Nein bei zehn Enthaltungen gutgeheissen. (vre)